

Erklärung Sanierung Kurhaus

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Ratsmitglieder,

es wird Sie nicht überraschen, dass ich dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen werde.

Vorab: Es ist von keinem guten, wirtschaftlichen Wettbewerbsergebnis auszugehen, wenn sich nur ein Marktteilnehmer für das Projekt interessiert und nur mit diesem verhandelt wird. Hier von einem „wettbewerblichen Dialog“ zu sprechen, ist ein schönes Beispiel für Euphemismus.

Zweite Vorbemerkung: Die Informationspolitik via interfraktionelle Runden ist nicht nur rechtlich fraglich, sondern wird auch der Sache nicht gerecht. Es ist nach der Gemeindeordnung unsere Aufgabe als Ratsmitglieder in den zuständigen Gremien, kritisch nachzufragen – gerade wenn es um Projekte geht, die finanzielle Auswirkungen für die nächsten Jahrzehnte haben.

Abgesehen davon halte ich die Entscheidung, das Kurhaus in ein Tagungs- und Kongresszentrum umzugestalten, für grundlegend falsch.

Mit der sanierten Festhalle Schötmar stehen uns demnächst geeignete Tagungsräumlichkeiten für Rat und Ausschüsse zu deutlich günstigeren Konditionen zur Verfügung. Ich bin schon gespannt, wie die Bevölkerung reagiert, wenn über Verrechnungspreise transparent gemacht werden muss, was künftig eine Ratssitzung oder eine Ausschuss-Sitzung im neuen Tagungszentrum kosten wird.

Die Alternative für das Kurhaus ist auch nicht der viel beschworene Bauzaun, sondern wäre ein Nutzungskonzept für das Kurhaus-Areal, das der Stadtgesellschaft und unseren Gästen einen echten Mehrwert bringt. Um es deutlich zu sagen, das Gros der Stadtgesellschaft wird das Tagungszentrum nur von außen betrachten können.

Ich habe stattdessen ein Bürgerforum mit Bibliothek als „Dritten Ort“, als einladendes öffentliches Wohnzimmer der Stadt ins Spiel gebracht. Damit könnten auch die Anforderungen des Gesundheitscampus und echte Bedarfe der Stadtgesellschaft befriedigt werden, wie zum Beispiel gut ausgestattete Arbeitsräume für Vereinsvorstände oder Schülergruppen. Ein solche Diskussion ist politisch offensichtlich nicht gewünscht. Wichtiger scheint zu sein, dass bis zum Sommer 2025 ein zentrales Prestigeprojekt umgesetzt ist.

Unter großem Beifall der Mehrheit des Rates hat der Bürgermeister in diesem Zusammenhang meine kritischen Nachfragen als Ratsmitglied öffentlich als unverantwortlich und zukunftsverweigernd dargestellt. Gut, dann ziehen wir doch „Verantwortung“ und „Zukunftsorientierung“ als Maßstab für diese Entscheidung heran:

Ist es verantwortlich und zukunftsorientiert, auf ein Geschäftsfeld „Tagungen und Kongresse“ zu setzen,

- das unbestritten vor einem großen Umbruch steht,
- in dem sich regional und bundesweit ein starkes Wettbewerberumfeld abzeichnet und
- für das Bad Salzuflen vergleichsweise schlechte Voraussetzungen mitbringt – Stichworte sind Erreichbarkeit mit der Bahn, Hotelkapazitäten?

Ist es verantwortlich und zukunftsorientiert, angesichts der absehbaren Haushaltsprobleme der Stadt einen neuen und dauerhaften Defizitbetrieb zu schaffen, dessen konkreter Mehrwert für die Stadtgesellschaft nebulös ist und in erheblichem Umfang finanzielle, personelle und strategische Aufmerksamkeit bindet?

Herr Bürgermeister, Sie fordern vom Rat mutiges, unternehmerisches Entscheiden. Auf der Basis kaum vorhandener Wirtschaftlichkeitsdaten und ohne Business-Plan würde allerdings ein „normaler“ Unternehmer bei der Beantragung eines 18-Millionen-Euro-Kredits bei seiner Hausbank große Schwierigkeiten bekommen. Aber hier geht es ja nur um städtische Finanzmittel.

Ja, ich halte diese Entscheidung für „grob fahrlässig“, weil sie offensichtlich auf unzureichenden Informationen zu den künftigen finanziellen Belastungen für die Stadt basiert. Schönrechnen und bewusstes Wegschauen entspricht nicht der erforderlichen Sorgfalt, die vom Rat bei einer solch gravierenden Entscheidung gefordert ist.

Für diejenigen von Ihnen, die ab 2025 im neuen Rat sitzen werden und in den Genuss von Ratssitzungen im neuen schicken Tagungszentrum kommen werden, habe ich schon jetzt eine Bitte: Sagen Sie bitte nicht, dass Sie nicht gewusst hätten, was das Alles kostet – Sie wollten es nicht wissen!

Ich wünsche den Befürwortern im Rat, dass der finanzielle Schaden für die Stadt nicht die Dimensionen annimmt, wie sie bei anderen Städten, die sich auf ein solches Abenteuer eingelassen haben, Realität geworden sind.

Um eine persönliche Haftung gemäß § 43 Absatz 4 Gemeindeordnung auszuschließen, bitte ich für die Niederschrift namentlich festzuhalten, dass ich gegen den Beschlussvorschlag gestimmt habe.